

Modernisierung im Team

von Mats Odell

Eine E-Delegation soll in Schweden künftig die Verwaltungsmodernisierung managen und für die Umsetzung einer behördenübergreifenden E-Government-Strategie sorgen. Zudem will das Land die Zusammenarbeit der EU-Mitglieder im E-Government vorantreiben.



Schweden hat der Verwaltungsmodernisierung eine hohe Priorität auf der politischen Agenda eingeräumt. Das skandinavische Land soll weltweit eine führende Rolle im E-Government einnehmen. Um die Steuerung ihrer E-Government-Aktivitäten zu verbessern, hat die schwedische Regierung eine E-Delegation ins Leben gerufen, welche für ein gemeinsames und koordiniertes Vorgehen bei behördenübergreifenden Themen wie E-Identifikation, IT-Sicherheit und Standardisierung sorgen soll.

In Schweden gibt es im Verantwortungsbereich der einzelnen Ministerien jeweils eine Reihe von Ämtern und Behörden, die für die Anwendung und Umsetzung der von Reichstag und Regierung beschlossenen Gesetze zuständig ist. Die Minister dürfen in die laufende Arbeit der Ämter und Behörden nicht direkt eingreifen. Im Rahmen der allgemeinen Verwaltungsvorschriften sowie spezifischer Vorgaben und Ziele sind die schwedischen Behörden also relativ frei in der Bestimmung ihrer Aktivitäten.

Nach diesem Modell wurden bislang auch die E-Government-Aktivitäten in Schweden gesteu-

ert. Dieser Ansatz hat sich über viele Jahre als relativ erfolgreich erwiesen und zu einer raschen Entwicklung von elektronischen Verwaltungsservices in verschiedenen Behörden geführt. Auch in internationalen Vergleichsstudien konnte Schweden im Bereich E-Government gut abschneiden. Zu den Dienstleistungen, welche online oder per SMS erledigt werden können, zählen beispielsweise das Einreichen von Steuererklärungen, die Kfz-Zulassung oder die Registrierung eines Unternehmens.

Allerdings gehen mit diesem dezentralen Modell zur Entwicklung von E-Government-Anwendungen gewisse Probleme bei der Steuerung der einzelnen Projekte einher: Doppelarbeiten können kaum vermieden werden, technische Systeme sind nicht unbedingt interoperabel. Um durch E-Government tatsächlich Verbesserungen und Effizienzgewinne zu erzielen, ist daher ein behördenübergreifender strategischer Ansatz notwendig – die Aktivitäten der einzelnen Ämter müssen zentral koordiniert werden.



E-Delegation managt Schwedens E-Government.

Nachdem die aus vier bürgerlichen Parteien bestehende Allianz für Schweden die Reichstagswahlen 2006 gewonnen hatte, bestand einer ihrer ersten Schritte darin, eine E-Government-Gruppe zu benennen, der Staatssekretäre sechs verschiedener Ministerien sowie aus der Kanzlei des Ministerpräsidenten angehören. Geleitet wird sie vom Finanzstaatssekretär. Aufgabe der E-Government-Gruppe ist es, innerhalb der Ministerien Einigung über strategische Themen zu erzielen, etwa über rechtliche Bedingungen oder über die Steuerung und Finanzierung von behördenübergreifenden Projekten. Im zweiten Schritt hat Schweden im vergangenen Jahr einen neuen E-Government-Aktionsplan verabschiedet. Übergeordnetes Ziel ist es, die schwedische Verwaltung bis 2010 so einfach wie nur möglich zu

gestalten, unter anderem indem der Zugang zu zentralen Diensten der Verwaltung erleichtert wird. Wo es einen zusätzlichen Nutzen für Bürger und Unternehmen bringt oder Qualität, Sicherheit und Produktivität der Verwaltung erhöht werden können, sollen die Behörden zusammenarbeiten. Erreicht werden sollen die Zielvorgaben des Aktionsplans in erster Linie durch Aktivitäten im Bereich der regulatorischen Rahmenbedingungen für das Informationsmanagement und die Zusammenarbeit zwischen Behörden, im Bereich IT-Standardisierung sowie durch allgemeine operative Unterstützung, Bereitstellung von Know-how und eine durchgängige Begleitung der Projekte.

In einem dritten Schritt wurde die E-Delegation ins Leben gerufen, welche die Reformvorhaben der Regierung bis Dezember 2014 vorantreiben und die Entwicklung von behördenübergreifenden E-Government-Anwendungen koordinieren soll. Dies beinhaltet sowohl die Steuerung strategischer E-Government-Projekte als auch von Projekten, welche eigenverantwortlich von den Behörden oder Fachbereichen durchgeführt werden. Somit soll sichergestellt werden, dass bei jeder Entwicklung jeweils das Interesse der gesamten Verwaltung berücksichtigt wird. Zu den Hauptaufgaben der E-Delegation zählen außerdem der Entwurf von Strategien für die Einführung von E-Identifikation, für die Entwicklung durchgängiger elektronischer Services und die Verbesserung der Verwaltungsdienstleistungen für Bürger und Unternehmen in ländlichen Gebieten. Außerdem ist die E-Delegation zuständig für

die Steuerung bestimmter Maßnahmen im Bereich IT-Standardisierung. Darüber hinaus soll sie die Auswirkungen der Projekte auf Bürger, Anwender aus Unternehmen und Verwaltungsmitarbeiter beobachten und die Regierung bei internationalen Kooperationen im E-Government unterstützen.

Dass grenzübergreifende Kooperationen notwendig sind, um sich internationalen Herausforderungen stellen zu können, war niemals zuvor in den rund 15 Jahren, die Schweden nun Mitglied der EU ist, deutlicher. Das Land will daher während seiner EU-Ratspräsidentschaft von Juli bis Dezember 2009 die Entwicklung von E-Government in der gesamten EU vorantreiben und die Möglichkeiten für behördenübergreifende Kooperationen und zur Umsetzung durchgängiger E-Services verbessern. Denn ein integrierter europäischer Binnenmarkt wird zu einem Großteil mithilfe von E-Government-Maßnahmen wie der EU-Dienstleistungsrichtlinie realisiert werden.

Ende des Jahres (18. bis 20. November 2009) findet in Schweden die fünfte Europäische E-Government-Ministerkonferenz unter dem Motto „Teaming up for the eUnion“ (etwa: Zusammenarbeiten für die E-Union) statt. In Vorbereitung des Treffens wird derzeit eine Ministererklärung erarbeitet, welche Grundlagen festlegt für künftige E-Government-Aktivitäten der EU. Der Fokus soll vor allem auf allgemeinen Zielvorgaben und Maßnahmen in Bereichen liegen, in denen durch den innovativen Einsatz von IT bedeutende Vorteile erzielt werden können, wie etwa:

- E-Government zur Unterstützung des Binnenmarktes.
- E-Government-Anwendungen für Bürger und Unternehmen und hier insbesondere nutzerorientierte Verwaltungsservices, das Sicherstellen einer hohen Erreichbarkeit von öffentlichen Informationen und die Beteiligung der Bürger an politischen und administrativen Prozessen.
- E-Government-Anwendungen, welche eine höhere Effizienz und Effektivität der Verwaltung ermöglichen: Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und der Informationsaustausch zwischen den öffentlichen Verwaltungen soll gefördert und der IT-bezogene CO₂-Fußabdruck durch Fördern von Green IT reduziert werden

Durch die Schaffung der E-Union sollen in diesen Bereichen bis 2015 deutliche Verbesserungen zu erkennen sein.

Mats Odell ist Minister für Kommunalfragen und Finanzmärkte im schwedischen Finanzministerium.

Profil

■ Schweden

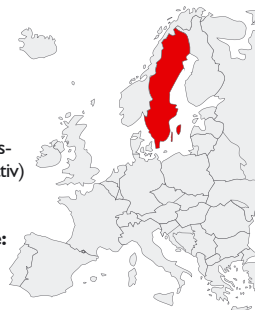
Hauptstadt:
Stockholm

Ministerpräsident:
Fredrik Reinfeldt
(Moderate Sammlungspartei, liberal-konservativ)

Einwohnerzahl:
9,3 Millionen

Bevölkerungsdichte:
20 Einwohner je km²

Web-Präsenz:
www.sweden.gov.se



Weitere Informationen: In der aktuellen E-Readiness-Studie von Economist Intelligence Unit und IBM belegt Schweden nach den USA und Hongkong den dritten Rang. Im Rahmen der Studie wurden die 70 größten Volkswirtschaften weltweit anhand von rund 100 Kriterien wie beispielsweise schnelle Internet-Zugänge, Arbeitsmarktsituation oder Gesetzeslage zur Internet-Nutzung bewertet.